

Digitale Pressekonferenz

am 23. November 2023, 09.00 – 10.00 Uhr

Stahl- und Erneuerbaren-Branche fordern Transformationsgipfel mit Bundesregierung

Aktuelle Herausforderungen und erforderliche Maßnahmen

Dr. Simone Peter, Präsidentin des BEE

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Nutzung eines Teils des Sondervermögens für den Klimatransformationsfonds (KTF) für verfassungswidrig erklärt, hat – wie von Kerstin Rippel dargelegt – weitreichende Konsequenzen auch für andere Sondervermögen des Bundes und der Länder sowie die Haushalte des Bundes für 2023 und 2024. Es droht damit zu einer schweren Zäsur für die Generationenaufgabe Klimaschutz und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu werden. Herr Osburg hat dargestellt, was das für die Stahlindustrie bedeutet. Auch andere Grundstoffindustrien sind betroffen.

Nicht nur, dass auch das Bundesverfassungsgericht vor zwei Jahren den Gesetzgeber im Interesse kommender Generationen zu mehr Klimaschutz aufgefordert hat – die Klimakrise verschärft sich dramatisch. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten, die uns im letzten Jahr eine fossile Kosten- und Versorgungskrise beschert haben und zurecht Rufe nach mehr Resilienz laut wurden, ist besonders zu betonen: Industriepolitik ist Standortpolitik, die auch unsere Widerstandsfähigkeit erhöht.

Gleichzeitig sind es Zeiten eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs bei Klimatechnologien, von USA bis China. Wir können unseren Wohlstand langfristig nur sichern, wenn Investitionen in Innovationen und zukunftsfeste Technologien oberste Priorität haben.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, die langfristige und auskömmliche Finanzierung für Klimaschutzinvestitionen sicherzustellen und auch die heimische, saubere Energieversorgung durch den weiteren Ausbau günstiger Erneuerbarer Energien von Speichern und Sektorenkopplung voranzutreiben. Erneuerbare Energien können Strom, Wärme und Moleküle liefern. Wie unsere Studien und Szenarien zeigen: zu 100 Prozent und potenziell auch heimisch.

Perspektivisch bilden energieintensive Industrien und die Erneuerbaren auch beim Wasserstoffhochlauf eine enge Partnerschaft. Grüner Wasserstoff ist ein zentraler Baustein zur Transformation von Industrieprozessen. Diese sind am meisten auf grüne Moleküle angewiesen.

Die Erneuerbaren Energien müssen deshalb zu einem Kernelement der deutschen Industriepolitik werden. Sie bieten Lösungen für die im Rahmen der Industriestrategie des Bundes dargelegten drei Herausforderungen:

1. „Industriestandort sichern“:

Auch indem Deutschland wieder Vorreiter bei der Produktion und bei Dienstleistungen rund um Erneuerbare Energien wird. Erneuerbare *made in Germany* sind weltweit begehrt. Aber die Anteile sind wieder zu steigern, besonders bei PV und Wind, die herbe Einschläge in den vergangenen Jahren erfuhr.

2. „Wohlstand erneuern“:

Schon heute senken Erneuerbare die Strompreise. Die günstigen Preise der Erneuerbaren müssen auch bei der Industrie ankommen, indem das Marktdesign auf die fluktuierenden und flexibel steuerbaren Erneuerbaren angepasst wird. Durch günstigen Grünstrom kann die industrielle Substanz des Landes erhalten bleiben.

3. „Wirtschaftssicherheit stärken“:

Erneuerbare Energien machen uns unabhängig von unsicheren Importen und den damit verbundenen Risiken.

Aufbauend auf den erfolgreichen Reformen der letzten beiden Jahre ist der Ausbau der Erneuerbaren jetzt weiter zu forcieren. Schnelle Genehmigungsprozesse und schlanke Verfahren sind der Schlüssel für ein attraktives Investitionsklima.

Jetzt erforderliche Maßnahmen:

1. Abbau von Hürden und Hemmnissen für Erneuerbare-Anlagen, Batterien, Elektrolyseure und H2-Infrastruktur:

- Der von Bund und Ländern vereinbarte Pakt zum beschleunigten Abbau von regulatorischen Hürden und Hemmnissen muss im Januar 2024 in die Umsetzung gebracht und vor Ostern ein Genehmigungsturbo gezündet werden, damit Genehmigungen vereinfacht, Verfahren beschleunigt und Bürokratie abgebaut werden kann.
- Weitere Gesetzespakete (PV-Paket-I, Baugesetznovelle, Speichergesetz, Biomasse- und Wasserkraftstrategie, Geothermieerschließungsgesetz) müssen zügig umgesetzt werden.
- Die neue Währung ist Geschwindigkeit.

2. Die heimische Produktion der Erneuerbaren Technologien ist wieder anzukurbeln, das heißt:

- heimischen Absatzmarkt stärken,
- Resilienzboni- und -ausschreibungen für PV auf den Weg bringen (PV-PaketI),
- Planungssicherheit für die Herstellung von Wärmepumpen schaffen,
- den Marktanteil von Elektrolyseuren sichern und ausweiten.

3. Weitere Erleichterungen und den Abbau von regulatorischen Hemmnissen für den Eigenverbrauch von Erneuerbaren Energien durch Unternehmen, Industrie und Gewerbe schaffen. Dafür braucht es:

- ein Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz
- Grüne PPA
- Nutzen statt Abregeln von Erneuerbarem Strom

Die Regierung hat mit der Industriestrategie Planungs- und Investitionssicherheit als Voraussetzung für den Standort ausgemacht. Jetzt ist es Zeit für einen Transformationsgipfel mit allen relevanten Akteuren und für eine Transformationskommission, die unter den neuen Vorzeichen der Transformations-Finanzierungskrise schnell Planungssicherheit und Vertrauen für die Industrie bringen.

Bernhard Osburg, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Gerade die Stahlindustrie hat sich mit konkreten, milliarden schweren Investitionsprojekten auf den Weg der Transformation gemacht; erste Förderbescheide sind vergeben, bei anderen steht die Bewilligung noch aus. Zum Teil wurden schon erste vorzeitige Maßnahmen beginnen bewilligt. Mit anderen Worten: Wir stehen schon mitten in der Transformation und sehen damit große Chancen verbunden, nicht nur für uns als Industrie, sondern für den Klimaschutz und den Industriestandort insgesamt.

Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichts befand sich die Transformation unserer Branche an einem gefährlichen Kipppunkt aufgrund der historisch hohen Stromkosten. Diese sind der Hauptgrund für den massiven Einbruch der Rohstahlproduktion in diesem Jahr. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr erwarten wir lediglich 36 Mio. Tonnen.

Vor allem die stromintensiven Elektrostahlwerke sind mit besonderer Wucht betroffen: Hier ist die Produktion in den ersten 10 Monaten um fast 13 Prozent eingebrochen im Vergleich zum ohnehin krisengeprägten Vorjahreszeitraum und liegt damit sogar unter dem bisherigen Tiefpunkt im Krisenjahr 2009. Im Oktober waren es sogar -20 Prozent zum Vorjahresmonat und -30 Prozent gegenüber dem Oktober 2020.

Um so schwerer wiegen jetzt die Entwicklungen um den KTF und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Wenn die Politik jetzt keine klare Antwort findet, wie die Transformation der Industrie verlässlich finanziert werden kann, droht ein Stillstand bei Investitions- und bei zentralen Projekten der Transformation mit weitreichenden Folgen für die Klimaschutzziele, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und für Beschäftigung.

Wir brauchen Klarheit vor allem bei folgenden Fragen:

- Wie geht es weiter mit den europäischen IPCEI-Förderungen? Nur sechs von 45 Vorhaben wurden bislang bewilligt. Bei 25 Projekten wurde der vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt und mit Investitionen begonnen im Vertrauen darauf, dass die Förderung dann auch bewilligt und über die nationalen Haushalte ausgezahlt wird.
- Was bedeutet das für die Strompreise? Am Ziel wettbewerbsfähiger Strompreise muss festgehalten werden.
- Wie geht es weiter bei den Klimaschutzverträgen?
- Wie geht es weiter beim Wasserstoffhochlauf und den dafür erforderlichen Infrastrukturen?
- Wie geht es weiter bei Investitionshilfen für die Transformation, die Hebel für private Investitionen sind?

Ohne die Transformation der Grundstoffindustrie können die schon für 2030 gesteckten Klimaziele nicht erreicht werden – ohne Transformation sind Wohlstand und Resilienz nicht zu gewährleisten.

Erstens: Die Klimaziele können nicht erreicht werden.

Denn dafür ist die Transformation der Grundstoffindustrie unerlässlich. Allein die Stahlindustrie kann zur Reduktion eines Drittels der gesamten Industrieemissionen beitragen – und hat damit einen enormen Hebel, bereits in den kommenden Jahren Millionen Tonnen an CO₂ einzusparen.

Aber klar ist auch: Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es einer staatlichen Anschubförderung für die Investitionen in klimaschonende Produktionsverfahren - und natürlich wettbewerbsfähige Strompreise gesichert werden. Ohne dieses Instrumentarium kann die industrielle Transformation nicht gelingen und wird Deutschland unweigerlich vom Pfad zur Klimaneutralität abkommen.

Zweitens: Es droht auch ein schwerwiegender Verlust an industrieller Substanz, Arbeitsplätzen und gesamtwirtschaftlicher Resilienz:

- Die Stahlindustrie ist Ausgangspunkt einer Vielzahl industrieller Wertschöpfungsketten. Rund 4 Millionen Arbeitsplätze und zwei Drittel der Exporte in Deutschland sind stahlintensiv.

- Sie ist Basis nahezu sämtlicher Energiewendetechnologien – von Windkraftanlagen über PV-Module und Strommasten bis hin zu Wasserstoff-Pipelines.

- Die Stahlindustrie ist, gemeinsam mit anderen energieintensiven Grundstoffindustrien, von grundlegender Bedeutung für die Resilienz und strategische Autonomie der deutschen Wirtschaft, und ganz konkret für den Erhalt von Arbeitsplätzen vor Ort.

Drittens: Dies gilt auch für ein weiteres zentrales Zukunftsprojekt – den Aufbau einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft.

Es braucht den Stahl als zentralen Treiber bei der Wasserstoffnachfrage. Denn wir sind die Lösung für das Henne-Ei-Problem. Gerade unsere Branche kann ein entscheidender Nachfrageanker für den Wasserstoffhochlauf sein – mit einem Wasserstoffbedarf von bis zu 850.000 Tonnen bis 2030 und das auch noch besonders flexibel. Mit den ersten neuen DRI-Anlagen könnten wir schon ab Mitte des Jahrzehnts eine so große Nachfrage schaffen, dass sich Investitionen in Elektrolyseure lohnen!

Wenn aber der Wasserstoffhochlauf scheitert, hat dies Folgen für die Zukunftsfähigkeit des gesamten Industriestandorts. Deshalb braucht es jetzt von der Bundesregierung einen koordinierten Transformationsgipfel.

Was ist jetzt zu tun:

Die Schlussfolgerung aus dem Karlsruher Urteil kann und darf kein Stopp bei der Transformation zur Klimaneutralität sein!

Es braucht weiterhin eine solide Finanzierungsgrundlage zum Mega-Projekt der industriellen Transformation zur Klimaneutralität.

Es geht hier nicht um Wohlfühlprojekte, sondern um zentrale Weichenstellungen. Damit wir den Industriestandort erhalten und gleichzeitig die Klimaziele erreichen.

Dabei geht es nicht nur um den Stahl, sondern um viele Bereiche – die Grundstoffindustrien, neben dem Stahl auch Chemie, Zement, Alu, Glas, die Erneuerbaren- und Halbleiterindustrie sowie Elektromobilität.

Deshalb unser Appell: Die Bunderegierung sollte zeitnah zu einem Transformationsgipfel mit Spitzenvertreter:innen aus Industrie-Verbänden, Gewerkschaften, Landespolitik und Zivilgesellschaft einladen, um folgende Antworten zu geben:

- Wie können die notwendigen Instrumente einer industriellen Transformationsförderung erhalten bleiben.
- Wie kann dafür eine langfristige, nachhaltige und damit planungssichere finanzielle Grundlage geschaffen werden
- die auch die generationenübergreifende Dimension der Klimakrise finanzpolitisch abbilden kann?

Die Zeit drängt, weil in vielen Industrien jetzt der Zeitpunkt innerhalb ihrer Investitionszyklen ist, an dem Unternehmen Investitionsentscheidungen treffen. Diese Investitionen werden jetzt zugunsten klimaneutraler und klimafreundlicher Techniken getroffen. Und das ist notwendig, um die Klimaziele 2030 zu erreichen. Jetzt ist die Zeit, wo sich Unternehmen für oder gegen den Standort Deutschland entscheiden.

Unsere Unternehmen gehen mit Tatkraft und hohem Risiko in die Transformation. Dazu brauchen wir jetzt Planungssicherheit und klare Zukunftsperspektiven.